

# Die Demokratie ist beliebt, aber das Vertrauen bröckelt

Bürger sehen Politik kritisch – Landtag erarbeitet Reformvorschläge



VON ALEXANDER ZENS

**LINZ/WIEN.** 90 Prozent der Österreicher stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist. Die Corona-Pandemie hat an diesem seit Jahren relativ stabilen Anteil nichts geändert, wie der „Demokratieradar“ der Universitäten Graz und Krems zeigt. Der Aussage, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, stimmen aber nur 68 Prozent zu. 32 Prozent sagen, es müsse grundlegend umgebaut werden, wie die zwischen Mai und Juli durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt.

Während sich der Begriff Demokratie allgemein großer Beliebtheit erfreue, sei das Vertrauen der Bürger in Parlamente, Regierungen, Parteien und Politiker stark zurückgegangen, sagt Werner Zögernitz, Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratieforschung in Wien: „Die Bürger haben zunehmend das Gefühl, dass an ihnen vorbei regiert wird und ihre Anliegen nicht entsprechend vertreten werden. Dazu kommt angesichts der Globalisierung ein gewisses Ohnmachtsgefühl.“

Der Oberösterreichische Landtag und die Initiative Wirtschaftsstandort OÖ haben im Juli die Online-Diskussionsplattform demo-



„Dass Entscheidungen nicht aus einem Bauchgefühl getroffen werden können, sollte in der Demokratie selbstverständlich sein.“

■ **Wolfgang Stanek**, Oberösterreichs Landtagspräsident

kratieforum.at gestartet. Seither beteiligten sich 230 Interessierte, Wissenschaftler, Juristen und Politiker in mehreren Formaten am Ideenaustausch. Nun folgt die zweite Phase, in der Vorschläge für eine Reform erarbeitet werden. Im Jänner gibt es einen Kongress mit drei Abendterminen. Bis Juni soll ein Grünbuch entstehen, das auch den anderen Landtagen und dem Parlament in Wien zugestellt wird.

Bisherige Vorschläge aus dem Demokratieforum, um Vertrauen und Demokratie zu stärken: mehr Nähe zwischen Politikern und Bürgern (was nach Corona einfacher wird), Transparenz bei Entscheidungsprozessen und die Einbeziehung von Experten und Bevölkerung. Alle sollten in Ge-

sprachkultur, Lösungs- und Medienkompetenz geschult werden.

„Dass Entscheidungen nicht aus einem Bauchgefühl getroffen werden können, sollte in der Demokratie selbstverständlich sein“, sagt Landtagspräsident Wolfgang Stanek: „Politische Willensbildung muss gemeinsam erarbeitet und diskutiert werden, um ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen.“

Gertraud Diendorfer, Leiterin des Demokratieforums Wien, fordert „politische Bildung von der ersten Schulstufe bis hinauf, damit alle ausreichend Urteils- und Handlungskompetenz“ erwerben und sich im Diskurs einbringen. Auch dürfe man die „Feinde einer demokratischen Lebensweise“ nicht unterschätzen – „Antidemokraten, die über die Legitimation einer Wahl an die Macht kommen und dann demokratische Freiheiten und Grundrechte sukzessive abbauen“, oder extremistische Gruppierungen.

## OÖNACHRICHTEN-SERIE

Dies ist der siebente und letzte Teil der Serie „Die bedrohte Demokratie“. Alle Teile: [nachrichten.at/demokratie](https://nachrichten.at/demokratie)

Landtag und Initiative Wirtschaftsstandort OÖ haben eine Online-Diskussionsplattform eingerichtet: [demokratieforum.at](https://demokratieforum.at)